



Kommunal – Information

01.06.2012



kommunalpolitisches
forum
Sachsen-Anhalt e.V.

Inhalt

1. Themen

- 1.1 Kommunaldatenbank
- 1.2 Kommunale Finanzen
- 1.3 Daseinsvorsorge
- 1.4 Kommunales Recht (und Rechtsprechung)
- 1.5 Wohnungspolitik und Stadtentwicklung
- 1.6 Verschiedenes
2. Problemfelder aus Landtag und Land
3. Veranstaltungen
4. Veröffentlichungen
5. Kontakte

1.1 Kommunaldatenbank

Unter dem Link <http://die-linke.de/kommunaldatenbank/> sind Anträge und Anfragen von linken KommunalpolitikerInnen aus dem gesamten Bundesgebiet einsehbar. Die Datenbank soll Anregung und Hilfestellung für die eigene Arbeit vor Ort geben.

Hier folgt eine Auswahl von neu eingestellten Anträgen:

- Antrag auf Abschaffung der Entgeltzahlung für Schülerkopien
- Antrag: EU-Schulobst-Programm
- Anfrage: Bericht zur Situation der Freiwilligen Feuerwehren
- Anfrage: Sachstand zum Feuerwehrtkartell
- Musteranfrage: Bedarf an Sozialwohnungen
- Musteranfrage: Wohnungen – Mietrichtlinien – Zwangsumzüge
- Kommunale Krankenhäuser: Gemeinsam Standorte, Pflegequalität und Beschäftigung sichern

1.2 Kommunale Finanzen

- [Kommunen im Osten bleiben strukturschwach](#)

Eine Studie zeigt große Defizite in der Gemeindefinanzierung auf: Während sich im Rückblick eine auffällige Konvergenz zum Westen im Bereich kommunaler Ausgaben abzeichne, stellen die Forscher bei der Einnahmeseite im Osten »Verharrungstendenzen« fest. [Das Neue Deutschland berichtet.](#)

- [Aktuelle Ergebnisse des KfW Kommunalpanels 2011](#)

Ziel des [KfW Kommunalpanels](#) ist es, den Investitionsbedarf, die Investitionstätigkeit, die finanzielle Situation und die Investitionsfinanzierung der Kommunen in Deutschland zu untersuchen. Ein Schwerpunkt lag dieses Jahr auf den kommunalen Investitionen mit Bezug zur Energiewende.

- [Vorläufige Einheitswertfeststellungen und vorläufige Festsetzungen des Grundsteuermessbetrags](#)

Das BMF hat am 19.04.2012 vorläufige Einheitswertfeststellungen und vorläufige Festsetzungen des Grundsteuermessbetrags [veröffentlicht](#). Feststellungen der Einheitswerte für Grundstücke (§ 19 Abs. 1, §§ 68 und 70, § 129 Abs. 2 BewG) sowie Festsetzungen des Grundsteuermessbetrags sind im Rahmen der verfahrensrechtlichen Möglichkeiten hinsichtlich der Frage, ob die Vorschriften über die Einheitsbewertung des Grundvermögens verfassungsgemäß sind, vorläufig nach § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO durchzuführen.

- [Kommunale Kassenkredite – von der Ausnahme zur Regel](#)

Der Kassenkredit ist längst zu einem Indikator geworden, der die prekäre Finanzsituation der kommunalen Gebietskörperschaften deutlich macht. Die Auswertung des BBR im bundesweiten Vergleich zeigt: Die Kommunen sind in Ihrer Handlungsfreiheit unterschiedlich stark durch Kassenkredite eingeschränkt. Das [Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung](#) sowie die [Internetplattform Forschung für Kommunen](#) berichten. Er Arbeitslosenzentrum

1.3 Daseinsvorsorge

- [Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge](#)

Die 17. Fachtagung des Kommunalwissenschaftlichen Instituts (KWI) der Universität Potsdam befasste sich mit der Frage der „Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge“. [Die Dokumentation liegt nun vor](#). Im Vordergrund standen erste praktische Erfahrungen, Probleme und die rechtlichen Rahmenbedingungen. Auch wenn man nicht in jedem Fall die Position der Referenten teilen sollte, bietet die Dokumentation eine Reihe von Anregungen.

- [Städte und Gemeinden Alarm: Es fehlen Milliarden für den Straßenbau](#)

Aufgeplatzter Asphalt, Risse und Schlaglöcher. Die kommunalen Straßen sind in erbärmlichem Zustand. Nun fordern Städte und Gemeinden mehr Geld von der Bundesregierung. Es habe sich ein Investitionsrückstand von über 25 Milliarden Euro angehäuft. Städte und Gemeinden schlagen wegen des dramatischen Zustands kommunaler Straßen Alarm und fordern höhere Bundeszuschüsse. "Der Zuschuss muss deutlich erhöht werden, wenn wir nicht immer weiter auf Verschleiß fahren wollen", sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg. Städte und Kommunen seien nicht in der Lage, die jährlichen Sanierungskosten von sechs Milliarden Euro aufzubringen. Derzeit zahlt der Bund Landsberg zufolge 1,34 Milliarden Euro jährlich an die Länder, die für kommunale Infrastruktur eingesetzt werden müssen. Ab 2014 entfalle die Zweckbindung. Es müsse deshalb sichergestellt werden, dass die Länder das Geld auch in Zukunft ausschließlich für die Verkehrsinfrastruktur nutzen.

- [PPP einfach schöngerechnet](#)

Bei chronischer Finanznot glauben viele Kämmerer den von der Verwaltung beauftragten Beratern. Deren Berechnungen ergeben häufig Vorteile bei Öffentlich-Privaten Partnerschaften. Die Realität sieht aber anders aus.

Quelle: ver.di publik: <https://publik.verdi.de/2012/ausgabe-02/gesellschaft/politik/seite-10/A2>

1.4 Kommunales Recht (und Rechtsprechung)

- [Verfassungswidrigkeit des Gewerbesteuergesetzes?](#)

Das Finanzgericht Hamburg hat dem Bundesverfassungsgericht die Frage vorgelegt, ob die ab dem Jahr 2008 wesentlich geänderte gewerbesteuerliche Hinzurechnung von Zinsen und Mieten mit dem allgemeinen Gleichheitssatz vereinbar ist ([Beschluss vom 29.2.2012, 1 K 138/10](#)).

- [Hartz IV - Fernsehgerät gehört nicht zur Erstausrüstung einer Wohnung](#)

Das BSG hat entschieden: Zur Erstausrüstung einer Wohnung gehören wohnraumbezogene Gegenstände, die für eine geordnete Haushaltsführung und ein an den herrschenden Lebensgewohnheiten orientiertes Wohnen erforderlich sind. Hierzu zählt ein Fernsehgerät nicht. Es ist weder ein Einrichtungsgegenstand noch ein Haushaltsgerät. Mehr dazu unter [rechtsindex.de](#) und in einem [Artikel des Berliner Kuriers](#).

1.5 Wohnungspolitik und Stadtentwicklung

- [Deutschland hat neue Wohnungsnot](#)

Insbesondere in Großstädten, Ballungszentren und Universitätsstädten hat sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt deutlich zugespitzt. Hier gibt es einen massiven Mangel an bezahlbaren Mietwohnungen. Aktuell fehlen in den zehn deutschen Großstädten, die den stärksten Wohnungsmangel haben, mehr als 100.000 Mietwohnungen. Hier geht es [zu einer Studie](#) des Pestel Institutes.

- [Daten: Kosten der Unterkunft \(KdU\)](#)

[Eine Übersicht](#) über die regionale Verteilung des Leistungsbezugs von Kosten der Unterkunft hat das BBSR erstellt. Es zeigt, dass die Verteilung des Leistungsbezugs durch die wirtschaftliche Situation in den Kreisen und Städten geprägt ist.

- [Berlin legt Landesgesetz und Satzung zu KdU vor](#)

Das Land Berlin legt ein Landesgesetz zur KdU Satzung vor, die Stadt Berlin einen Satzungsentwurf. [DIE LINKE](#), der [Berliner Mieterverein](#) und [das Berliner Arbeitslosenzentrum](#) halten die Erhöhung der Richtwerte für unzureichend und nicht verfassungskonform.

1.6 Verschiedenes

- [Halle: Schlaperei bei OB-Ausschreibung](#)

Der Stadtverwaltung in Halle (Saale) ist im Zuge der Vorbereitungen für die Wahl zum neuen Oberbürgermeister ein großer Fehler unterlaufen. Sie hat vom Stadtrat einen falschen Ausschreibungstext beschließen lassen, der die Ausschreibung nun rechtlich angreifbar macht. "Nicht wählbar ist, für wen die Hinderungsgründe nach § 59 Abs. 3 der ...

- [DStGB unterstreicht seine Forderung nach wirksamen Konversionshilfen](#)

Anlässlich einer Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr des Deutschen Städte- und Gemeindebundes am 7. und 8. Mai 2012 in Kiel diskutierten Bürgermeister aus ganz Deutschland über die zukünftige Entwicklung von Kommunen mit Bundeswehreinheiten. „Die im Rahmen der Bundeswehrreform betroffenen Standortgemeinden dürfen nicht alleine gelassen werden. Sie verlieren Einwohner und Kaufkraft, für die Flächen müssen schnell Nachnutzungen gefunden werden. Der Bund muss seiner regionalpolitischen Pflicht nachkommen, seine Schließungsentscheidungen mit wirksamen Konversions- und Ausgleichsmaßnahmen zu verbinden“, forderte der Bürgermeister der Stadt Kirm.

2. Problemfelder aus Landtag und Land

- [André Lüderitz zum Entwurf eines Gesetzes über die Neuorganisation der Verwaltung des Biosphärenreservates Mittelelbe, des Biosphärenreservates Karstlandschaft Südharz und des Naturparks Drömling](#)

Zunächst freut es mich, dass dieser Schritt nun endlich vollzogen wird und die Biosphärenreservate und der Naturpark Drömling als Biosphärenreservate in Erwartungshaltung dem Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt direkt angedockt werden. Das war schon immer eine Forderung linker Umweltpolitiker, auch schon zu Zeiten da wir noch PDS hießen und hier andere dazu sprachen. Wir werden damit auch einer Überweisung zustimmen und können uns auch eine zügige Ausschussberatung und 2. Lesung vorstellen.

- [Hans-Jörg Krause zum Kleingartenwesen](#)

Wenn wir uns jetzt dem Thema Kleingartenwesen zuwenden, dann denke ich, dass dieses Thema bei uns allen ein großes Interesse weckt. Ich meine fast jeder von uns, vorausgesetzt er hat überwiegend in diesem Teil Deutschlands gelebt, hatte und hat noch heute irgendwie einen Berührungspunkt zum Kleingartenwesen. Vielleicht ist er oder sie ganz gar selbst noch Kleingärtnerin oder -gärtner. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, denn immerhin sind nach meiner Milchmädchenrechnung in Sachsen-Anhalt mindestens 250.000 Personen unmittelbar mit einem Kleingarten verbunden.

- [Hans-Jörg Krause zur zukunftsfähigen Gestaltung des landwirtschaftlichen Boden- und Pachtmarktes“](#)

Dieser Antrag überrascht mich doch sehr, denn im Mai vergangenen Jahres hatten wir einen Antrag zu den Fragen des Grundstücksverkehrs, insbesondere zur Verkaufspraxis der BVVG, in den Landtag eingebracht. Von Anfang an haben wir die Privatisierungspraxis der BVVG im Land kritisiert und Minister Aikens mehrfach aufgefordert auf die BVVG Einfluss zu, um die eigenwillige Begrenzung des Erwerbes der von den Pachtbetrieben bewirtschafteten Flächen aufzuheben.

- [Gudrun Tiedge zur Leistungsfähigkeit der Feuerwehren in Sachsen-Anhalt langfristig sichern](#)

Stellen Sie sich bitte einmal kurz folgendes vor: Es brennt und niemand ist da, der das Feuer löschen kann. Sie werden mit Recht sagen, dass diese Situation nie eintreten darf, und dass das heraufbeschworene Szenario auch nicht zur Realität in Sachsen-Anhalt gehört. Aber wieso geht man eigentlich stets mit größter Selbstverständlichkeit davon aus, dass es immer wieder Menschen geben wird, die sich den schwierigen Aufgaben des Brand- und Katastrophenschutzes widmen werden? Menschen, die ihre Freizeit damit verbringen, anderer Menschen Hab und Gut und Leben zu retten.

- [Hans-Jörg Krause zur artgerechten und gesellschaftlich anerkannten Nutztierhaltung](#)

Die konventionelle Form der Nutztierhaltung steht zunehmend in der Kritik der Öffentlichkeit. Dabei geht es einerseits um mehr Transparenz bei Genehmigungsverfahren zur Errichtung von Tierproduktionsanlagen und der Einbeziehung bzw. der Einräumung von Entscheidungsrechten der Verantwortlichen auf kommunaler Ebene. Andererseits geht es aber auch generell um die Größe der geplanten Anlagen und die Art und Weise der Tierhaltung selbst. Und nicht zuletzt wird in den öffentlichen Debatten immer wieder auf den Zusammenhang von hohen Tierkonzentrationen, Tierhygiene, Tiergesundheit und wachsendem Einsatz von Medikamenten und insbesondere von Antibiotika aufmerksam gemacht. Dies alles ist verbunden mit zunehmender Sorge um die menschliche Gesundheit und um den Schutz der Tiere.

Entsprechend § 45 (4) der Geschäftsordnung des Landtages wird zu jeder Sitzung eine Fragestunde durchgeführt. Diese wurde genutzt von:

- [Dr. Angelika Klein \(DIE LINKE\)](#) erkundigte sich nach dem **Bau einer Eissporthalle in Halle**. Laut Mitteldeutscher Zeitung vom 16. April 2012 hatten der Finanzminister und der Minister für Inneres und Sport verabredet, dass die Stadt Halle eine neue Eissporthalle erhalten soll. In der Mitteldeutschen Zeitung vom 17. April 2012 wurde die Aussage des Finanzministeriums zitiert, dass das Konzept der Stadt Halle und des Eissportvereins bis Juni vorliegen müssen, damit eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung im Nachtragshaushalt des Landes eingestellt werden kann. Im Namen der Landesregierung erklärte dazu der zuständige Sportminister Stahlknecht auf Nachfrage, dass der Landesregierung ein entsprechender Antrag nicht vorliege, es dafür keine Vorsorge im Rahmen des Haushalts gebe, und ob es überhaupt einen Nachtragshaushalt geben werde noch unklar sei. In einer [Pressemitteilung](#) stellte die Abgeordnete der LINKEN dazu fest: „Finanzminister Bullerjahn hat in Halle einen **Wahlkampfballon zugunsten des OB-Kandidaten der SPD** steigen lassen, und der ist heute im Landtag laut zerplatzt.“
- Die Abgeordnete [Angelika Hunger \(Mdl, DIE LINKE\)](#) erhielt von der Landesregierung die Antwort, dass derzeit noch unter Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände **Fragen der Rücklagenbildung bei Kreisen mit doppischer Haushaltsführung** geprüft werden. In Bezug auf eine **neue Kommunalverfassung** in Sachsen-Anhalt wurde zudem angekündigt, dass bis zum Jahresende möglicherweise erste Eckpunkte dafür vorliegen könnten.

3. Veranstaltungen

- [11. JUNI 2012 - Hannover](#)

Jugend macht Stadt! 1. Regionalkonferenz zur Jugendbeteiligung

BMVBS [Link](#)

- [13. Juni 2012 - Bürgernahe Sicherheitskommunikation für Städte und Gemeinden](#)

Veranstalter: [Deutscher Städte- und Gemeindebund/Alcatel-Lucent Stiftung für Kommunikationsforschung](#)

Ort: Landesvertretung Baden-Württemberg beim Bund in Berlin

[22. Juni 2012 - Wege zu einer sozialen Stadtgesellschaft - integrierte Stadtentwicklung weiterdenken](#)

Veranstalter: [Wohnbund e.V.](#)

Ort: Leipzig

4. Veröffentlichungen

- [Lebenslagen - Lebensrisiken. Regionalatlas zur Raum- und Stadtentwicklung](#)

Analysen Bau.Stadt.Raum, Band 7, Hrsg.: BBSR, Bonn 2012, ISBN 978-3-515-10147-9, Steiner Verlag

Der neue Regionalatlas des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) richtet den Blick auf Orte und Regionen in Deutschland, die durch besonders gute oder schlechte

Lebensumstände gekennzeichnet sind. Welche Kreise und kreisfreien Städte sind schon jetzt mit einer stark schrumpfenden Bevölkerung konfrontiert? Wo ist die Quote der Schulabbrecher besonders hoch? In welchen Regionen ist die hausärztliche Versorgung prekär? Der Atlas beantwortet diese und viele weitere Fragen mit kurzen Texten, Diagrammen und Karten. Die Karten machen deutlich, wo

sich Risiken und ungünstige Trends zu verfestigen drohen, und diese also besonderen politischen Handlungsbedarf erfordern. Zu beziehen bei: service@steiner-verlag.de

- **[Die beispielbare Stadt](#)**

Bernhard MeyerShaker Verlag GmbH, 2009, ISBN: 978-3-8322-8426-8

Kurzbeschreibung: Aus Kinderorten sind Inseln geworden. Elterntaxis gewährleisten den Fährverkehr. Wenn Kinder sich auf die Socken machen sollen, dann müssen Straßen nicht nur Fahrbahnen und Gehwege haben, für alle, die unterwegs sind, Autos und Fußgänger. Es werden Parkplätze für Autos gebraucht, aber eben auch Parkplätze für Menschen. In diesem Buch ist der spannende Prozess dokumentiert, wie unter Beteiligung der Kinder Deutschlands erste beispielbare Stadt entstand. Ein Kinderwegenetz verbindet alle Orte, die für Kinder wichtig sind. Kindergärten und Schulen, Spiel- und Sportplätze. Auf der Suche nach Spielräumen konnte öffentlicher Raum für Kinder zurückgewonnen werden.

- **[Seminarhandreichung](#)**
„Rekommunalisierung und Privatisierung – kommunale Leistungserbringung – kommunal- und gesellschaftsrechtliche Grundlagen“

von Wolfgang Rachow

KommunalAkademie Land Sachsen-Anhalt

5. Kontakte

[Gerald Grünert](#)

Vorsitzender „kommunalpolitisches forum“ Sachsen-Anhalt e.V.

Kommunalpolitischer Sprecher **DIE.LINKE**-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt

Tel.: (03 91) 560 50 06

Fax: (03 91) 560 50 20

Domplatz 6-9

39104 Magdeburg

Mail: gruenert@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

[Siegfried Walter](#)

Mitarbeiter Geschäftsstelle „kommunalpolitisches forum“ Sachsen-Anhalt

Tel.: (03 91) 7 34 82 00

Fax: (03 91) 7 34 81 67

Geschäftsstelle:

Walther-Rathenau-Straße 57

39104 Magdeburg

Mail: kf-lsa@t-online.de